

uni aktivisten der ersten stunde

Aachen 1914. Das zweite Kriegs-Jahr. Hunger, ein „Kohlrüben-Winter“. In einer Schulklasse, umgeben von Mitschülern aus zum Teil besitzenden Kreisen, sitzt ein Mädchen, knapp 10 ist es. Vorn an der Tafel steht mit stolzer Schrift das Aufsatzthema: Auch der Krieg hat sein Gutes“. Um sie herum Stille, die nur vom Kratzen der Federhalter und vom Rascheln des Papiers unterbrochen wird. Das Mädchen schreibt nicht, als einzige der Klasse. Am Schluß der Stunde gibt sie ein leeres Heft ab. Auf einem Blatt ist ein großes Fragezeichen, der Punkt sorgfältig mit dem Nullenstrich gezeichnet.

Leipzig 1975. Vor mir sitzt eine Frau, weißhaarig, hellhäutig, lebhaft. Genossin Katharina Harig. Einst das Mädchen mit dem Fragezeichen. Was veranlaßt die damalige Schülerin zu diesem Schritt? „War es „kindisch-pubertäre Opposition“? „Dann, in dieser Zeit, als wiederlicher Hurra-Patriotismus und Chauvinismus triumphierten, gab es einen Mann, der gegen den Krieg sprach. Ein kluger, ein gebildeter Mann, der mich begeisterte, ja faszinierte. Es war Karl Liebknecht. Durch sein mutiges Auftreten begann ich ernsthaft über alles, was mich umgab, nachzudenken.“

1915. Cienet Tausenden ist sie mitewert über vier Meile mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Entsetzen über den Verriat der rechten Sozialdemokratie an der Revolution. In Aachen gibt es in dieser Zeit keine Zelle der Kommunistischen Partei. Gemeinsam mit Gleichgesinnten gründet Katharina eine linke Jugendgruppe, die sich den Namen „Linksradiikale Jugend“ gibt. „Ganz modern“, sagt Katharina Harig, „nur mit dem Unterschied zu manch anderen, die es vielleicht

heute in Aachen gibt und die sich linksradikal nennen, waren wir ernsthaft bemüht, hinter die Mechanik des sogenannten Schicksalhaften zu kommen. Damals habe ich auch Richard Sorge kennengelernt, dessen Professor bei uns eine Vorlesung über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus hielt.“

Diese ersten Versuche, sich gründlich zu orientieren, führen Katharina Harig 1932 folgerichtig in die Reihen der Kommunistischen Partei. Sie, die inzwischen ihr Studium als Lehrerin erfolgreich absolviert hatte und in ihrem Beruf einige Jahre in Belgien arbeitete, findet 1928 in dem politisch interessierten Wissenschaftler Gerhard Harig ihren Lebensgefährten. Damals lernten beide, was sie auch künftig immer beherzigt haben: Man kann sein Leben nicht einfach teilen, hier das persönliche Glück, dort die politische und berufliche Arbeit. Beides war eins, untrennbar. Untrennbar wie sie selbst, auch dann, als harte Jahre die räumliche Trennung unumgänglich machten.

Als 1933 der Faschismus an die Macht kommt und Deutschland in ein Konzentrationslager verwandelt, geht Katharina Harig im Auftrag der Partei in die Sowjetunion. Ein Jahr später folgt ihm seine Frau. Beide arbeiten in ihren Berufen, verfolgen aufmerksam und voller Besorgnis jede Nachricht aus der Heimat. Die Jahre im ersten sozialistischen Land der Erde sind interessant und lehrreich, doch sorgenfreier sind sie beliebt nicht. Der deutsche Imperialismus rüstet unübersehbar zum Krieg. 1938 kehrt Katharina Harig im Auftrag nach Deutschland zurück. Im gleichen Jahr wird er verhaftet, ins KZ Ba-

Kommunistin, Pädagogin - rastlos und unentwegt

Notizen aus dem Leben von Genossin Prof. Katharina Harig, von Helmut Rosan



chenwald deportiert, aus dem er erst 1945 befreit wird. Katharina Harig arbeitet in all diesen Jahren als Lehrerin, lehrt an der Leningrader Universität, unterrichtet in den Kriegsjahren auf dem Lande. Für sie ist die Sowjetunion die „zweite Universität des Lebens“.

1948. Katharina Harig ist nach Hause zurückgekehrt. In Leipzig gibt es das langersehnte Wiedersehen mit Gerhard, ihrem Mann. Zehn Jahre sind vergangen. Zehn Jahre der Trennung, der Ungewißheit, der Sehnsucht. Es ist nicht ihre Art, vor Glück alles um sich herum zu vergessen und sich im Stillen bange zu fragen, werden wir nach all den Jahren wieder miteinander zurecht kommen? Auch hier ist es vor allem wieder die Arbeit, die politische Arbeit, die beide rasch zusammenführt.

so arbeitet sie an der Pädagogischen Fakultät, schöpft aus ihrem reichen Schatz an Wissen, vermittelt die zahlreichen pädagogischen Erfahrungen, die sie an den sowjetischen Schulen gewonnen hat. Bequem und einfach ist das alles nie gewesen, doch Katharina Harig selbst ist auch nie eine „bequeme“ Partnerin. Von den sowjetischen Schulen an hochgebildete, wissenschaftlich arbeitende Kader gewöhnt, ist sie anfänglich mitunter recht entsetzt über die zum Teil mangelnde Vorbereitung der Studenten. Resignation? Nicht bei Katharina Harig. Sie kämpft darum, daß sich diese Studenten eine solide Wissensgrundlage erhalten. Dieses Kämpfen nennt sie ihre „sowjetische Betrachtungsweise“. Und diese Betrachtungsweise hat z. B. nichts gegen Methodik im Gegenteil, aber ist gegen deren formalistische Überbetonung, denn Genossin Harig vertritt zu Recht die Meinung, „daß es in erster Linie darauf ankommt, WAS man sagt, und als guter Lehrer ist man dann einfach gezwungen, auch zu lernen, WIE man es sagt.“

1951 wird Gerhard Harig als Staatssekretär ins Ministerium für Hochschulwesen nach Berlin berufen. Seine Frau folgt ihm, arbeitet einige Zeit als Lektorin im Dietz Verlag, später im Marx-Engels-Institut der Partei. Bis 1957 leitet Katharina Harig den Sektor Lehrerbildung in der Abteilung allgemeinbildende Schulen im ZK der SED.

Anfang 1957 kommt Gerhard Harig erneut nach Leipzig und übernimmt den Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaften an der Karl-Marx-Universität. Katharina geht mit ihm. Mit einer Hausfrauenrolle kann und will sie sich nicht be-

gemeinsam mit solchen bewährten Kommunisten wie Hermann Ley, Gerhart Eisler, Hermann Budzislawski und anderen bildet Gerhard Harig die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, die heute legendäre Gewähr ist, er selbst der erste deutsche Professor für marxistisch-leninistische Philosophie. Neben und mit all diesen bewährten Antifaschisten arbeitet auch die Kommunistin Katharina Harig, leistet sie an der damaligen Pädagogischen Fakultät ihren Beitrag am Demokratisierungsprozeß der Leipziger Universität. So hält sie die erste Vorlesung über Sowjetpädagogik an der Fakultät.

Allein, nur das Feuer der Begeisterung liebt auch ihr nicht, es geht ihr darum, die Dinge zu begreifen, zu verstehen und sich aus diesem Verstehen heraus täglich mit aller Kraft für das Neue einzusetzen. Und

ist, ist auch die für die Gesellschaft geleistete Arbeit der einheitliche Maßstab für die Teilnahme der Werktätigen an der Verteilung und damit die Grundlage für die Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse. Diese Verteilung ist der auf der Aneignung fremder Arbeit beruhenden kapitalistischen Verteilungsweise prinzipiell überlegen. Es ist eine Verteilung, die der Ar-

beitungsmaßstab - die Arbeitsleistung - auf Menschen, „die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit“ (Marx, K., Kritik des Gothaer Programms, Werke Bd. 19, S. 21) besitzen, ruft Ungleichheit bei der Befriedigung der Bedürfnisse hervor. Diese Unterschiede ergeben sich aus den bestehenden Unterschieden in der Qualifikation, den Arbeitsfertigkeiten und den Familienverhältnissen. Für jeden sichtbar, trifft der sozialistische Staat vielfältige Maßnahmen, um diese Unterschiede schrittweise zu reduzieren. Erinnert sei hier an die Maßnahmen des nach dem VIII. Parteitag der SED realisierten Sozialprogramms.

- Biographisches im Stenogramm**
- 1901 geboren, verbringt Katharina Harig den überwiegenden Teil ihrer Kindheit und frühen Jugend in Aachen.
 - 1919 gründet sie gemeinsam mit Gleichgesinnten eine linke Jugendgruppe in Aachen, die sich mit dem Studium des Marxismus beschäftigt.
 - 1921 absolviert Katharina Harig ihr Examen als Lehrerin und arbeitet später einige Jahre in ihrem Beruf in Belgien.
 - 1932 wird sie Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands.
 - 1934 emigriert Genossin Harig in die Sowjetunion, dort unterrichtet sie an Schulen und Universitäten.
 - 1948 kommt sie nach Leipzig und arbeitet als Assistentin an der Pädagogischen Fakultät der Leipziger Universität.
 - 1952 Übersiedlung nach Berlin. Sie arbeitet anfangs als Lektorin im Marx-Engels-Institut der Partei, dann als Sektorenleiterin im ZK der SED.
 - 1957 bis 1964 leitet sie das Herder-Institut der KMU.
 - Auszeichnungen: Medaille der Kämpfer gegen den Faschismus, Clara-Zetkin-Medaille, Vaterländischer Verdienstorden in Silber und Gold.

Im Mai 1975 begehen wir den 100. Jahrestag der Kritik von Marx und Engels am Entwurf des Gothaer Parteiprogramms sowie des Gothaer Vereinigungskongresses. Diese Marxsche „Programmkritik“ stellt eines der wichtigsten theoretischen Dokumente des Marxismus sowohl für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als auch für die Auseinandersetzung mit den verschiedenen opportunistischen Strömungen dar. Jede Produktionsweise hat die ihr entsprechende Verteilungsweise. Diese wird durch die ökonomischen Verhältnisse der Menschen im unmittelbaren Produktionsprozeß bestimmt und zwar ... nicht nur dem Gegenstand nach, daß nur die Resultate der Produktion distribuiert werden können, sondern auch der Form nach, daß die bestimmte Art der Teilnahme an der Produktion, die besonderen Formen der Distribution, die Form, wonach an der Distribution teilgenommen wird, bestimmt.“ (Marx, K., Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. 13, S. 627)

Das Primat der Produktion gegenüber der Distribution schließt demzufolge vor allem die Abhängigkeit der Verteilungsverhältnisse von den Eigentumsverhältnissen ein. Durch sie wird im Zusammenhang mit dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte darüber entschieden, wie und wer verteilt wird. Damit trägt die Verteilung Klassencharakter, drückt sie die objektiven Beziehungen zwischen den Klassen bei der Verteilung des durch die produktive Arbeit geschaffenen gesellschaftlichen Produktes aus.

Worin bestehen die Grundzüge der Verteilung des gesellschaftlichen Produktes im Sozialismus?

In Auseinandersetzung mit den kleinbürgerlich-vollständigen Auffassungen Lassalles von der „gerechten Verteilung des unverfälschten Arbeitsertrags“ hat Karl Marx in

klassischer Form diese Verteilung des gesellschaftlichen Produktes in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ in ihren wichtigsten Grundzügen dargelegt:

1. Es ist ökonomisch notwendig vor der Bestimmung des Umfangs der Konsumtion jenen Teil festzulegen, der dem Ersatz der verbrauchten Produktion dient bzw. zu ihrer Ausdehnung verwendet wird und den Reservefonds bildet.
2. Es ist ökonomisch notwendig, den Konsumtionsfonds zu gliedern in einen Fonds für gesellschaftliche Konsumtion und einen für individuelle Konsumtion, wobei die Bildung des ersteren den Vorrang hat und dessen Bedeutung mit zunehmender Reife des Sozialismus zunimmt.
3. Der für die individuelle Konsumtion bestimmte Teil des gesellschaftlichen Produktes wird nach der Arbeitsleistung der Werktätigen verteilt.

Jeder Werktätige erhält folglich von der sozialistischen Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat, aber erst nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist. (Vgl. Lenin, W. I., Staat und Revolution, Werke, Bd. 25, S. 479).

Der zur individuellen Konsumtion dienende Teil des Gesamtproduktes ist aber keineswegs ein „Restposten“ nach Abzug aller anderen Fonds, sondern die Proportionen zwischen den einzelnen Fonds des Gesamtproduktes werden vom sozialistischen Staat planmäßig mit dem Ziel festgelegt, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen heute und in der Zukunft immer besser befriedigen zu können. So wie gilt, daß nur das verteilt werden kann, was produziert wurde, gilt zugleich, daß die Verteilung aktiv auf die Produktion zurückwirkt, sie unter volkswirtschaftlichen Bedingungen, wie Lenin hervorhob, eine „Methode,

ein Werkzeug, ein Mittel zur Steigerung der Produktion“ darstellt. (Lenin, W. I., Rede auf der III. Gesamtrussischen Konferenz für Ernährungswesen Bd. 32, S. 471).

Diese Erkenntnis wurde zur Lebererfahrung unseres Volkes bei der Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe. Tagtäglich spüren die Werktätigen, wie sich

gute und fleißige Arbeit und wachsende Leistungen für die Gesellschaft, für jeden einzelnen in steigendem Lebensniveau auszeichnen.

Warum muß im Sozialismus mit objektiver Notwendigkeit nach Arbeitsleistung verteilt werden?

Da im Sozialismus alle Mitglieder der Gesellschaft das gleiche Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln haben, restituiert daraus

1. das gleiche Recht und die gleiche Pflicht - entsprechend den Fähigkeiten - zur Erzielung der Gesellschaft beizutragen und
2. der Anteil der Mitglieder der Gesellschaft am übersteigenden Konsumtionsanteil durch die Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit bestimmt ist.

Zugleich ist diese Verteilung eine aus dem Wesen des Sozialismus als niedriger Phase des Kommunismus selbst entspringende Notwendigkeit. Die Anwendung eines

einheitlichen Verteilungsmaßstabes - die Arbeitsleistung - auf Menschen, „die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit“ (Marx, K., Kritik des Gothaer Programms, Werke Bd. 19, S. 21) besitzen, ruft Ungleichheit bei der Befriedigung der Bedürfnisse hervor. Diese Unterschiede ergeben sich aus den bestehenden Unterschieden in der Qualifikation, den Arbeitsfertigkeiten und den Familienverhältnissen. Für jeden sichtbar, trifft der sozialistische Staat vielfältige Maßnahmen, um diese Unterschiede schrittweise zu reduzieren. Erinnert sei hier an die Maßnahmen des nach dem VIII. Parteitag der SED realisierten Sozialprogramms.

Wie ist der Inhalt des Gesetzes der Verteilung nach Arbeitsleistung zu bestimmen?

Es ist ein spezifisches Gesetz des Sozialismus als erster Phase des Kommunismus. Es bringt die objektive Notwendigkeit zum Ausdruck, den für die individuelle Konsumtion bestimmten Teil der gesellschaftlichen Gesamtproduktion in direkter Abhängigkeit von der Arbeitsleistung der Werktätigen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse und Nationalität zu verteilen. Dabei gilt das Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten - jedem nach seiner Leistung“.

Die Arbeitsleistung ist Einheit 1. der von Werktätigen geleisteten Arbeitszeit,

2. der erforderlichen Qualifikation für die Verrichtung der ihm übertragenen Arbeitsaufgabe und
3. dem von ihm unter bestimmten technischen, technologischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen erreichten quantitativen und qualitativen Arbeitsergebnis.

Die zielstrebige Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe setzt neue Maßstäbe für die Durchsetzung des Gesetzes der Verteilung

100 Jahre „Kritik des Gothaer Programms“ Verteilung nach Arbeitsleistung von Dr. sc. M. Hentschel

gute und fleißige Arbeit und wachsende Leistungen für die Gesellschaft, für jeden einzelnen in steigendem Lebensniveau auszeichnen.

Warum muß im Sozialismus mit objektiver Notwendigkeit nach Arbeitsleistung verteilt werden?

Da im Sozialismus alle Mitglieder der Gesellschaft das gleiche Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln haben, restituiert daraus

1. das gleiche Recht und die gleiche Pflicht - entsprechend den Fähigkeiten - zur Erzielung der Gesellschaft beizutragen und
2. der Anteil der Mitglieder der Gesellschaft am übersteigenden Konsumtionsanteil durch die Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit bestimmt ist.

Zugleich ist diese Verteilung eine aus dem Wesen des Sozialismus als niedriger Phase des Kommunismus selbst entspringende Notwendigkeit. Die Anwendung eines

einheitlichen Verteilungsmaßstabes - die Arbeitsleistung - auf Menschen, „die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit“ (Marx, K., Kritik des Gothaer Programms, Werke Bd. 19, S. 21) besitzen, ruft Ungleichheit bei der Befriedigung der Bedürfnisse hervor. Diese Unterschiede ergeben sich aus den bestehenden Unterschieden in der Qualifikation, den Arbeitsfertigkeiten und den Familienverhältnissen. Für jeden sichtbar, trifft der sozialistische Staat vielfältige Maßnahmen, um diese Unterschiede schrittweise zu reduzieren. Erinnert sei hier an die Maßnahmen des nach dem VIII. Parteitag der SED realisierten Sozialprogramms.

Wie ist der Inhalt des Gesetzes der Verteilung nach Arbeitsleistung zu bestimmen?

Es ist ein spezifisches Gesetz des Sozialismus als erster Phase des Kommunismus. Es bringt die objektive Notwendigkeit zum Ausdruck, den für die individuelle Konsumtion bestimmten Teil der gesellschaftlichen Gesamtproduktion in direkter Abhängigkeit von der Arbeitsleistung der Werktätigen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse und Nationalität zu verteilen. Dabei gilt das Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten - jedem nach seiner Leistung“.

Die Arbeitsleistung ist Einheit 1. der von Werktätigen geleisteten Arbeitszeit,

2. der erforderlichen Qualifikation für die Verrichtung der ihm übertragenen Arbeitsaufgabe und
3. dem von ihm unter bestimmten technischen, technologischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen erreichten quantitativen und qualitativen Arbeitsergebnis.

Die zielstrebige Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe setzt neue Maßstäbe für die Durchsetzung des Gesetzes der Verteilung

nach Arbeitsleistung. Zum einen bestehen die engen Wechselbeziehungen darin, daß die Verteilung nach Arbeitsleistung ein entscheidender Teil zur Realisierung des im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus formulierten Ziels der sozialistischen Produktion darstellt. Die immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse vollzieht sich vorrangig.

- Bei stabilem Preisniveau und steigendem Konsumgüterangebot - über wachsendes Arbeitseinkommen.

So stieg das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen Betrieben der DDR von 700 Mark im Jahre 1968 auf 843 Mark im Jahre 1973.

Zum anderen hat die exakte Durchsetzung des Gesetzes der Verteilung nach Arbeitsleistung einen aktiven und fördernden Einfluß auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion, der Erhöhung ihrer Effektivität. Je wirkungsvoller dieses ökonomische Gesetz ausgenutzt wird, indem die Werktätigen spüren, daß nur höhere Leistungen zu höherem Arbeitseinkommen führen, desto besser wird demzufolge den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes entsprochen. Im Bericht an den VIII. Parteitag der SED heißt es dazu: „Auch in den nächsten Jahren werden wir den Arbeitslohn als Hauptform für die materielle Interessiertheit nutzen.“ (Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, Dietz Verlag Berlin 1971, S. 89). Dabei verfolgt die Lohnpolitik des sozialistischen Staates das Ziel, den Anteil der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Gesamtprodukt entsprechend ihrer wachsenden Rolle, Verantwortung und Leistung bei der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums, vorrangig über den Arbeitslohn zu erhöhen.